

## Studie: 95 Prozent leben in schlechter Luft

Feinstaubbelastung überschreitet Grenzwerte der Weltgesundheitsorganisation

Von Malte Bollmeier

Nur 5 Prozent aller Menschen atmen ungefährliche Luft, lautet das Ergebnis einer Studie des US-amerikanischen Instituts für Gesundheits-effekte (HEI) in Boston. So seien 2016 weltweit 6,7 Millionen Menschen durch Luftverschmutzung gestorben. Das HEI wird hälftig von der Automobilindustrie und der US-Umweltbehörde finanziert. Es nimmt die Feinstaubgrenzwerte der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als Marke, ab der die Luft schädlich für den Körper ist.

Schon geringe Überschreitungen der natürlichen Hintergrundbelastung in Europa von 3 bis 5 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel seien gesundheitsschädlich. Daher liegt das WHO-Limit für gesunde Luft bei 10 Mikrogramm pro Kubikmeter – und diese Marke werde in den Gebieten der Erde überschritten, in denen 95 Prozent der Weltbevölkerung leben. Auch Deutschland halte diesen Wert nicht ein, denn die Belastung liege hier bei 13 Mikrogramm.

In der EU liegt der Grenzwert allerdings deutlich höher, nämlich bei 25 Mikrogramm. Kathrin Wolf vom Helmholtz-Zentrum in München erklärt, alle Grenzwerte seien willkürlich gesetzt. Das Limit der WHO sei eine Empfehlung an die Politik. Eigentlich sei die Skala nach unten hin offen; je weniger Feinstaub ein Mensch einatmet, desto besser. Die Zahl von 95 Prozent sehe sie daher als „schwierig“ an.

Die WHO ist sich dieser Problematik bewusst und hat verschiedene Abstufungen erstellt. Doch selbst bei Betrachtung des tolerantesten Limits von 35 Mikrogramm blieben immer noch knapp 60 Prozent der Weltbevölkerung, deren Luft noch stärker verschmutzt ist, so das HEI.

Ein weiterer Einwand von Wolf ist, dass nicht immer klar sei, zu welchen Anteilen die Feinstaubbelastung durch den Menschen oder natürliche Faktoren wie zum Beispiel Wüstenstaub oder Bodenerosion verursacht wird. Um derlei Fragen zu klären, hat das HEI weitere Untersuchungen zu den Ursachen und Folgen von Luftverschmutzung angestellt. Demnach erzeugt Feinstaub Herz- und Lungenerkrankungen. Dies gilt auch für Deutschland: 2016 starben hier laut HEI 37.000 Menschen durch die Feinstaubbelastung.

Die Hälfte aller Todesfälle der Welt passierten in China und Indien. In jedem der beiden Länder forderte die Feinstaubbelastung 2016 rund 1 Million Tote. Quelle der Emissionen waren vor allem Kohlenutzung, in China zudem Verkehr und in Indien durch Menschen verursachte Bodenerosion.

Weitere 600.000 Todesfälle in China und rund 800.000 in Indien wurden durch Emissionen daheim bei offenem Feuer verursacht. Letzteres sei in armen ländlichen Regionen ein Grund, warum Menschen trotz spärlicher Industrie an Lungenkrankheiten leiden, so das HEI.

## Zahl des Tages

# 36 Mio. Euro

Wenn Prinz Harry nicht zufälligerweise in eine Königsfamilie hineingeboren wäre, wäre er wohl ein normaler englischer *lad*, der mit dem Bierglas in der linken und dem Geschlechtsteil in der rechten Hand auf dem Weg vom Pub an Hausmauern pinkelt und grauevolle Fußball-Fan-Shirts aus Polyester über dem Hüftspeck trägt. Wäre – denn so heiratet Prinz Harry in ein paar Wochen auch keine Allerweltsengländerin, sondern ein Model aus den USA. Die Hochzeit der beiden kostet nach Angaben des Hochzeitsplaners „Bridebook“ 36 Millionen Euro, die das Königshaus angeblich selbst bezahlt. Für die Kosten für die Sicherheit muss allerdings der Staat aufkommen und damit der gemeine Engländer mit dem Polyester-Shirt.

## Weniger Glyphosat

Agrarministerin will das Gift in privaten Gärten verbieten. Mit Abstand größter Verbraucher ist die Landwirtschaft – hier sind kaum Einschränkungen geplant

Agrarministerin Julia Klöckner (CDU) will das Unkrautgift Glyphosat für Privatleute weitgehend verbieten und die Anwendung in der Landwirtschaft einschränken. In Haus- und Kleingärten soll das Gift künftig tabu sein – außer es gibt nachweislich keine Alternative und der Gärtner hat einen Sachkundenachweis. Bauern sollen glyphosathaltige Mittel nur anwenden dürfen, wenn sogenannte Saumstrukturen ausreichend vorhanden sind. Das sind zum Beispiel Hecken, die Tieren einen Rückzugsort bieten. Ausnahmen sind etwa für erosionsgefährdete Böden, gefährdete Ernten oder bestimmte Unkräuter wie Disteln und Quecken geplant.

Glyphosat soll künftig nicht mehr in öffentlichen Parks und Sportanlagen sowie in der Nähe

von Gewässern verwendet werden dürfen, sagte Klöckner am Dienstag in Berlin. Auch für Naturschutzgebiete soll es künftig keine Ausnahmen mehr geben. Ein Verordnungsentwurf dazu geht nun in die Ressortabstimmung. Wann die Einschränkungen in Kraft treten, ist offen. Ziel sei, im Rahmen des EU-Rechts die Nutzung durch „sehr restriktive“ Anwendung zu minimieren, erklärte Klöckner.

Die Privatnutzung von Glyphosat macht in Deutschland nur etwa 2 Prozent aus. Vor allem die Landwirtschaft, aber auch Unternehmen wie etwa die Bahn nutzen den Wirkstoff. Umweltschützer beklagen negative Folgen für die Artenvielfalt, da Glyphosat Insekten und Vögeln die Lebensgrundlage entziehe.

Wie stark die Verordnung die eingesetzte Glyphosatmenge

in Deutschland verringern soll, sagte Klöckner nicht. „Mein Ziel ist, nicht aufzuhören, immer wieder neu anzufangen, besser zu werden in dieser Frage.“

Die Deutsche Bahn, die Klöckner zufolge der größte Glyphosat-Einzelanwender in Deutschland ist, ist von der geplanten Verordnung vorerst nicht betroffen. Sie wolle aber mit dem Unternehmen reden, kündigte die Agrarministerin an. Es gelte, alle Beteiligten im Blick zu haben.

Der Wirkstoff Glyphosat war in der EU im vergangenen Jahr wieder zugelassen worden. Dass der damalige Agrarminister Christian Schmidt (CSU) ohne Einverständnis der damaligen Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) zustimmte, löste erheblichen Ärger in der Großen Koalition aus. (dpa)



Fühlt sich im grünen Korsett sichtlich unwohl: Wirtschaftsminister Peter Altmaier (l.)  
Foto: Kay Nietfeld/dpa

## Ehrgeiz auf Papier, Kleinmut in der Politik

Ein Gutachten der Energieagentur Irena im Auftrag der Bundesregierung fordert rasanten Zubau von Öko-Energie – und Abbau der Fossilen. Damit tut sich Deutschland schwer

Aus Berlin Bernhard Pötter und Malte Kreuzfeldt

Es war seine erste große energiepolitische Rede, doch eine klare Botschaft gab es nicht: Beim „Energiewendialog“ der Bundesregierung im Auswärtigen Amt hat Peter Altmaier am Dienstag einerseits engagiert für die Energiewende geworben. „Wir brauchen die Energiewende, weil wir Wohlstand für 8 Milliarden Menschen weltweit erreichen wollen“, sagte der CDU-Politiker vor rund 2.000 Diplomaten, Experten und Wirtschaftsvertretern aus 95 Ländern.

Andererseits zeigt sich Altmaier bei der Umsetzung dieses Ziels im Inland wenig ambitioniert. Mit seiner Ankündigung, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß aus Kohlekraftwerken bis zum Jahr 2030 im Vergleich zu 1990 um 60 Prozent zu reduzieren, blieb der Wirtschaftsminister nicht nur hinter Forderungen von Umweltverbänden zurück, sondern sogar hinter dem von der letzten Regierung beschlossenen und im Koalitionsvertrag bekräftigten

Klimaschutzplan 2050. Und auf das Ziel für 2020, das die Regierung zwar nicht vollständig, aber „so weit wie möglich“ erreichen will, ging der Minister gar nicht ein.

Die deutsche Zurückhaltung stand auch im deutlichen Gegensatz zur Studie „A Roadmap to 2050“, die die Internationale Energieagentur für erneuerbare Energien (Irena) für die Bundesregierung erstellt und am Dienstag präsentiert hat. Demnach ist es immer noch möglich, die weltweiten Klimaziele durch eine globale Energiewende zu erreichen – aber dafür müssen sich Energiewirtschaft, Verkehr, Industrie und Politik auf der ganzen Welt grundlegend und sehr schnell verändern.

Das Klimaziel, den Temperaturanstieg bis 2100 auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen, sei „technisch machbar und wäre wirtschaftlich, sozial und umweltpolitisch vorteilhafter als der jetzige Pfad“, heißt es in der Studie. Mit dem Zubau von Erneuerbaren und hoher Energieeffizienz seien „90 Prozent der CO<sub>2</sub>-Reduktionen erreichbar“,

die das Pariser Abkommen zum Klimaschutz fordere.

Um das zu erreichen, ist aber eine gewaltige Kraftanstrengung notwendig: Öko-Energien müssten weltweit sechsmal so schnell ausgebaut werden wie bisher, ihr Anteil am Strommix müsste bis 2050 von derzeit 25 auf 85 Prozent steigen. Gebäude müssen dreimal so schnell energetisch saniert werden wie bis-

Die globale Transformation bringe viele Vorteile, so Amin: Zwar koste die Energiewende 2050 jährlich etwa 1,7 Billionen US-Dollar an Investitionen – aber sie spare auch 6 Billionen durch weniger Schäden an Gesundheit und Umwelt ein. Das Leben der Menschen werde vor allem in Ländern wie Mexiko, Brasilien und Ozeanien deutlich besser, aber auch Afrika und Europa würden profitieren, es gebe viele „Win-win-Optionen“, sagte Irena-Direktor Adnan Amin.

Allerdings gebe es auch Verlierer: Laut Studie verschwinden weltweit die Jobs von 7,4 Millionen Menschen in der Kohle, Öl und Gas – aber dafür werden auch 19 Millionen Jobs bei den Öko-Energien geschaffen. Für Kohle und Öl sieht das Papier einen Rückgang um 85 beziehungsweise 70 Prozent bis 2050 vor – eine Einschätzung, die andere Agenturen und Institute nicht teilen. Die Internationale Energieagentur etwa rechnet damit, dass der weltweite Bedarf an Kohle, Öl und Gas 2050 höher sein wird als heute.

**Studie: Das 2-Grad-Ziel „wäre technisch machbar und vorteilhafter als der jetzige Pfad“**

her, die Investitionen in grüne Techniken um 30 Prozent steigen.

Hoffnung machen den Autoren die schnell sinkenden Kosten für Wind- und Solarstrom. Allein bis 2020 werde sich der Preis von Solarstrom gegenüber 2015 noch einmal halbießen, erwartet die Irena.

**meinung + diskussion 12**

### taz thema



## Kind & Kegel

Am 12. Mai beleuchten wir die Rolle der Familie in unserer Gesellschaft und die Dynamiken innerhalb dieses Beziehungsgefüges. Folgende Themen sind unter anderem geplant:

- Familienplanung - Wenn aus einem Paar eine Familie wird ändert sich alles
- Wie lässt sich Beruf und Familie vereinbaren?
- Urlaubs- und Freizeitgestaltung mit der Familie
- Familiendynamiken systemisch entschlüsseln
- Alternative Bildungskonzepte - Welche Schule passt zu uns?

Anzeigenschluss: 27. April 2018  
Erscheinungstermin: 12. Mai 2018

Ihr Kontakt in der taz:  
Anzeigenabteilung | Dennis Dührkoop  
T(0 30) 2 5902 - 133 | anzeigen@taz.de